

Wann kommt die „Demokratisierung“?

Wichtigste Anliegen der Bürger dürfen nicht totgeredet werden

Die sowjetzonale „Volkskammer“ ist zusammengetreten, um neudie Gesetze über eine „weitere Demokratisierung“ zu beraten. Es ist bezeichnend, daß bis zur Stunde kein Mensch in der Sowjetzone weiß, was eigentlich mit dieser sogenannten „Demokratisierung“ beabsichtigt wird. Die SED will darunter eine „Übergabe größerer Vollmachten an die örtlichen Organe der Staatsmacht“ verstanden wissen. Der Bürgermeister soll also wieder selbst bestimmen dürfen, wann die Dorfstraße zu fegen ist. Alles andere macht weiterhin das Ministerium. Polizei, Justiz und Staatssicherheitsdienst erklären: „Wir haben bereits demokratisiert! Bei uns sind keine Überraschungen mehr zu erwarten...“ Was aber ist dann überhaupt noch zu erwarten?

Als Ulbricht im letzten Frühjahr „umwälzende Demokratisierungsmaßnahmen“ für die Zone ankündigte, hatten wir diese jetzt sichtbare Entwicklung vorausgesagt. Dazu gehörte keine sonderliche Prophezie, denn jedem politischen Beobachter mußte klar sein, daß die SED niemals ohne schwerwiegende Folgen ihre Machtbasis einschränken kann. Wie jede Diktatur ist auch der SED-Staat ein streng zentralistisches Gebilde. Nicht ohne Grund wurden die alten Länderregierungen abgebaut und durch Bezirksverwaltungen mit unzureichenden Vollmachten ersetzt. Die verheerenden Folgen sind hinreichend bekannt. Hintersächsische Dörfer wurden von einem Ostberliner Ministerbüro aus regiert, die Entscheidungen für belangloseste örtliche Wirtschaftsvorgänge fielen — meist in völliger Unkenntnis der örtlichen Gegebenheiten — in Ostberlin. Das Verwaltungs- und Wirtschaftschaos, das aus diesem auf die Spitze getriebenen Zentralismus entstand, hat die SED-Regierung in ihren Plänen Schritt um Schritt zurückgeworfen. Erst als um die Jahreswende 1955/56 das „Dezentralisieren“ in der Sowjetunion begann und folgerichtig in allen Satellitenstaaten große Mode wurde, gab man auch in der

Sowjetzone diese Fehler zu. Das ist ein Jahr her...)

Was wurde getan?

In diesem einen Jahr hat sich nichts ereignet, das man als ernsthaften Abbau des Zentralismus bezeichnen kann. Die Regierung ist vorgegangen wie eine Steuerbehörde, die ihren zahlenden Kunden sagt: „Ab morgen werden die gleichen Formulare anstatt in sechsfacher Ausfertigung nur noch fünffach eingereicht!“ Läpische „Vollmachten“ für die Dorfbürgermeister, Kreisverwaltungen dürfen Einweisungen in Kinderheime ohne Sondergenehmigung der Bezirksbehörden vornehmen, die Viehzählung darf ein Kreisbeauftragter an Stelle eines Bezirksbeauftragten vornehmen — verstehen Sie, was das mit einer echten Dezentralisierung eines totalgesteuerten Staatsapparates zu tun haben soll? Völlig kurios aber wird es, wenn die SED diese seltsame „Dezentralisierung“ nun Zug um Zug als „Demokratisierung“ ausweisen möchte: „Tja, das haben wir damals damit gemeint!“

So aber geht es nicht! Mit diesem Schachzug kommt die SED aus der Sache nicht heraus! Entsinnen Sie sich noch der erstaunlichen Selbstanklagen des letzten Frühjahrs:

„Unsere Justiz hat undemokratisch gehandelt, der Staatssicherheitsapparat hat seine Vollmachten überschritten, in der Partei werden die Genossen schlecht behandelt, die Staatsbürokratie tyrannisiert die Bürger, alle, alle haben Fehler gemacht!“ Und was geschah? Haben Sie eine Veränderung bemerkt...? Nichts hat sich geändert!

Und nun?

Wenn die SED den Mann auf der Straße fragen würde, er gäbe ihr in sieben Sätzen ein „Demokratisierungs“-Programm! Nur — die SED will im Januar 1957 ja gar nichts mehr vom Abbau des Diktaturapparates wissen! Täglich versucht sie, den Sowjets auf neue Weise zu dokumentieren, daß ein auch nur geringes Nachlassen des Druckes auf die Sowjetzonenbevölkerung zu Explosionen wie in Polen und Ungarn führen würde. Den latenten Explosivstoff, der auf diese Weise angesammelt wird, versucht die SED geflissentlich zu leugnen.

Unter dieser Perspektive müssen wir die gegenwärtige Volkskammersitzung betrachten. Zu keiner Zeit und an keinem Ort aber sollte man die SED darüber im unklaren lassen, daß die aus völlig anderen Rücksichten erfolgende minimale Dezentralisierung der Staatsbürokratie und die Durchführung gewisser im Interesse des Regimes selbst liegender „staatskapitalistischer“ Maßnahmen niemals als „Demokratisierung“ gewertet werden. Die Demokratie kann immer nur so weit vorrücken, wie die SED auf der politischen Ebene zurückweichen muß. Und um freiwillig zurückzuweichen, dazu fehlt den SED-Führern die staatsmännische Intelligenz,

Europa und die USA

DT. Die Politik des Westens entwickelt sich unter Führung der USA heute auf zwei verschiedenen Wegen, die nebeneinander verlaufen. Auf dem einen wird eine entschiedene Politik der militärischen Sicherung verfolgt, deren letzter Akt die Nahost-Botschaft Eisenhower's gewesen ist. Auf dem anderen, dem diplomatischen Weg, wird unter großen Schwierigkeiten eine Politik der Verständigung versucht, die zur Lösung der großen weltpolitischen Probleme führen soll. Jeder dieser beiden Wege ist notwendig; sie widersprechen sich nicht. Eine Politik des Aufbaues militärischer Stärke allein, ohne die Bereitschaft zu jeder guten Verständigung, wäre vermessend. Eine Verständigungspolitik ohne starke militärische Sicherung wäre töricht; sie würde nicht zum Ausgleich, sondern zur Unterwerfung führen. Die Chance liegt darin, daß wir auf diesen Wegen einmal jenen Punkt erreichen, an dem eine großzügige Verständigung zwischen Ost und West zugleich ein möglichst hohes Maß internationaler Sicherheit gewährt.

Der zentrale Punkt

Um diesen zentralen Punkt, an dem die Lösung der großen Probleme, eine echte Entspannung und ein internationales System der Sicherheit, möglich werden können, kreisen alle Überlegungen und Bestrebungen der westlichen Politik. Um ihn dehnt sich das Operationsfeld einer beweglichen Diplomatie, die unter ständiger Anpassung an die veränderten Realitäten der Weltpolitik, aber zugleich auch unter Wahrung unverzichtbarer Grundsätze das Ziel stufenweise zu erreichen sucht. Daß in der Weltpolitik und auch in der öffentlichen Meinung, die sie begleitet und ihr bisweilen vorgeht, vieles in Bewegung geraten ist, das wird bereits seit langem festgestellt. Das vergangene Jahr war geradezu ein Schulbeispiel für diese Erfahrung. Wir sind an die Veränderlichkeit des Geschehens,

die einige bisher starre Haltungen, Meinungen und Methoden in bemerkenswertem Maße aufgelockert hat, bereits so gewöhnt, daß wir sie ohne besondere Aufregung hinnehmen.

Als vor einigen Monaten in den USA unter dem Einfluß der modernen Strategie der Fernwaffen die Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen erörtert wurde, da gab es in den festländischen Regierungszentren fast einen Schock. Das waren damals noch rein militärische Betrachtungen, die auf die sicherste und wirksamste Form der strategischen Verteidigung hinausliefen. Die Diskussion ist jedoch in dieser militärischen Betrachtung nicht steckengeblieben. Sie hat inzwischen vielmehr begonnen, aus dem veränderten Bild der strategischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten auch politische Folgerungen zu ziehen — Folgerungen, mit denen der ost-westlichen Verständigung neue Impulse mitgeteilt werden sollen.

Neue Politik Washingtons?

In den letzten Tagen kamen Berichte aus den USA, die in dieser Hinsicht aufhörchen ließen. Wir hörten von Georges Kennan, dem früheren amerikanischen Botschafter in Moskau und ehemaligen Berater im amerikanischen Außenministerium, daß er sich am Mittwoch vor dem Unterausschuß „Abrüstung“ des außenpolitischen Senatsausschusses für eine Neuorientierung der amerikanischen Europa-Politik eingesetzt habe. Die USA sollten, so meinte er, den Sowjets die Verminderung, die Umgruppierung oder sogar den Abzug der Truppen beider Länder aus Europa anbieten — gewisse Sicherungen selbstverständlich vorausgesetzt. Am folgenden Tage forderte der Vorsitzende des gleichen Ausschusses, der demokratische Senator Humphrey, die amerikanische Regierung auf, die Möglichkeit eines Abzugs der amerikanischen Truppen aus Deutschland in Betracht zu ziehen. Zur gleichen Zeit wurde ein Vortrag des britischen Oppositionsführers Gaitskell an der amerikanischen Harvard-Universität bekannt, der den Vorschlag

enthielt, die Staaten des Atlantikpaktes sollten der Sowjetunion ein Sicherheitsabkommen anbieten, das den Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland und einigen kommunistischen Ländern vorsehe. Gaitskell meinte, bei der Verwirklichung eines derartigen Planes könne man das Risiko einer von Moskau geforderten vorherigen Neutralisierung Deutschlands ruhig eingehen. Schließlich hat soeben auch noch der republikanische Senator Flanders eine Revision der amerikanischen Deutlandpolitik in dem Sinne gefordert, daß ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland zwar selbstverständlich frei, aber unbewaffnet und neutralisiert sein sollte. Hier allerdings beginnt diese amerikanische Diskussion, die anscheinend die Gefahr einer militärischen Räumung ganz Deutschlands übersieht, besonders bedenklich zu werden.

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang daran, daß ähnliche Gedankengänge, wie wir sie jetzt von Kennan und Humphrey hören, bereits im Dezember von dem amerikanischen Senator Knowland, von der „Washington Post“ und angesehenen amerikanischen Publizisten vertreten worden sind. Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß solche Überlegungen sich in der amerikanischen Öffentlichkeit allmählich ausbreiten und an Geltung gewinnen. Für uns Deutsche ist es dabei wichtig zu wissen, daß in diesen Meinungen und Empfehlungen die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung unseres Landes eine nicht geringe Rolle spielt. Man glaubt, daß sowohl die Lösung der deutschen Frage als auch die ost-westliche Entspannung durch einen Abzug der fremden Truppen gefördert werden könnten. Auch die Abrüstungsfrage spielt in diese Überlegungen hinein. Kennan und Humphrey äußerten die Meinung, daß die räumliche Trennung der sowjetischen und der amerikanischen Truppen der notwendige erste Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung sein könnte. Schließlich wird im Hinblick

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Alfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Unsportlicher Hintergrund

DT. Seit einiger Zeit nimmt der Sport in der Presse des Ostsektors und der Sowjetzone viel Raum ein. Man „enthüllt“ wieder einmal. Jetzt hat man angeblich entdeckt, daß die Bemühungen des Deutschen Sport-Bundes um die Förderung des gesamtdeutschen Sportes nur Spitzel- und Agententätigkeit sind. Das SED-Zentralorgan behauptete, der Sport der Bundesrepublik sei nicht frei, er diene der Militarisierung, und das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik habe gemeinsam mit Bonn alles versucht, um die gesamtdeutsche Olympia-Mannschaft zu verhindern usw. ...

Der Deutsche Sport-Bund hat seine Vereine, die einen Sportverkehr mit Aktiven aus der Zone pflegen, gebeten, jeweils über die Erfahrungen aus diesen Wettkämpfen zu berichten, sich aber nicht nur auf das Sporttechnische zu beschränken, sondern auch das Menschliche zu berücksichtigen. Man fühlt in der Bundesrepublik die Verpflichtung, den Deutschen aus der Zone einen lohnenden und schönen Aufenthalt zu bereiten. Darum erfolgt der Erfahrungsaustausch über die menschlichen Seiten dieser Begegnungen.

Bonns Hilfe für Ostbesucher

Der gegenwärtige Stand — Neue Maßnahmen

Bonn (Eigenmeldung). — Die Bundesregierung arbeitet zur Zeit — entsprechend einem Auftrage des Bundestages — neue Hilfemaßnahmen für Bewohner der Sowjetzone aus, die das Bundesgebiet besuchen. Der Bundestag hatte in seinem in der vorigen Woche gefaßten Beschluß gefordert, Vorschläge für eine Verbesserung des Zahlungsverkehrs sowie für eine stärkere Betreuung der Besucher aus der Zone auch durch die Gemeinden und Wohlfahrtsverbände zu machen. All diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, die Reisen von Einwohnern der Zone in das Bundesgebiet zu erleichtern und zu fördern.

Im Haushaltsjahr 1956/57 werden für die Unterstützung der Reisenden aus der Sowjetzone 32 Millionen DM ausgegeben. Dieser Betrag soll im nächsten Jahr erhöht werden. Im einzelnen gibt es zur Zeit folgende Maßnahmen für Reisende, die aus der Sowjetzone ins Bundesgebiet kommen:

1. Bei seiner Einreise erhält jeder Besucher aus der Sowjetzone, sofern er nicht im Auftrag sowjetzonaler Stellen oder aus geschäftlichen Gründen in

die Bundesrepublik kommt, aus Bundesmitteln 10 DM. Die Besucher sollen damit unvermeidbare persönliche kleine Aufwendungen während der Weiterreise bestreiten.

2. Unmittelbar an der Zonen-grenze erhalten die Reisenden von örtlichen Betreuungsstellen der Wohlfahrtsverbände auf den Bahnhöfen Erfrischungen, wie Kaffee, Kakao und Limonade. Diese Stellen leisten aber auch praktische Hilfe jeder anderen Art, einschließlich kleinerer Bargeldunterstützungen.

3. Viele Städte und Gemeinden der Bundesrepublik gewähren den Besuchern aus der Sowjetzone Vergünstigungen auf öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Besuch von Museen, Schwimmbädern, Theateraufführungen und Kinos. Stellenweise wurden unter Beteiligung privater Kreise auch Beratungsstellen eingerichtet, in denen sich die Besucher aus der Sowjetzone Rat und Auskünfte über alle Fragen holen können, die sie interessieren. Diese Bemühungen der Städte, Gemeinden und Verbände werden von der Bundesregierung, soweit notwendig, finanziell gefördert.

4. Reisende aus der Sowjetzone, die bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik erkranken, werden auf Kosten des Bundes ärztlich betreut und in Krankenhäusern behandelt.

5. Für die Rückfahrt mit der Bundesbahn bis zur Zonen-grenze übernimmt der Bund in der Regel die vollen Kosten.

Adenauer kommt

Berlin (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer wird aus Anlaß der Eröffnung der „Grünen Woche“ am 1. Februar zu einem dreitägigen Besuch nach Berlin kommen.

Fünf US-Vorschläge an Moskau

Kontrolle auch über Raketenwaffen

New York (AP/DPA). Die USA haben im Politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung ihre neuen Abrüstungsvorschläge vorgelegt und damit erneut in dieser Frage die Initiative übernommen. Die wesentlichste Neuerung ist die Einbeziehung aller interkontinentalen Raketen, künstlichen Erdsatelliten und Raumstationen in die Kontrolle. Als Antwort schlug die Sowjetunion eine Sondersitzung der Vollversammlung zur Behandlung der Abrüstungsvorschläge vor und verlangte ein sofortiges Verbot aller Atomwaffenversuche.

Die amerikanischen Vorschläge wurden zu Beginn der Abrüstungsdebatte im Ausschuß vom amerikanischen Chefdelegierten Lodge vorgetragen, der Vereinbarungen über ausreichende Kontrolle als Voraussetzung für das Inkrafttreten jedes Abrüstungsschritts bezeichnete. Nach den Vorschlägen sollen Abrüstungsmaßnahmen, Verbot der Atomwaffen, Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke und Kontrolle schrittweise in Kraft treten. Eine internationale Kontrollbehörde soll jedoch schon zu Beginn des gesamten Programms ihre Arbeit aufnehmen.

Im einzelnen sehen die amerikanischen Pläne vor:

1. Eine Vereinbarung, nach der unter internationaler Kontrolle die gesamte künftige Weltproduktion an spaltbarem, atomarem Material nur friedlichen Zwecken dienen soll. Die bestehenden Atomwaffenvorräte sollen allmählich abgebaut werden.

Frankreichs KP zahlt für Ungarn

Stärkste Wahlniederlage seit Bestehen der Partei

Paris (Eigenmeldung). Bei den Nachwahlen auf dem linken Seine-Ufer von Paris haben die Kommunisten ihre stärkste Niederlage seit dem Bestehen der französischen KP einstecken müssen. Die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen ging von 120 000 vor einem Jahr auf 62 000 zurück. Unverkennbar ist dies auf die Vorgänge in Ungarn zurückzuführen. Die bisher kommunistischen Wähler haben sich jedoch nicht den mit den Kommunisten sympathisierenden Parteien zugewendet, sondern Stimmthalung geübt.

Die meisten Stimmen entfielen auf einen rechtsgerich-

2. Sobald diese Vereinbarung wirksam ist, sollen Atomversuche begrenzt und schließlich eingestellt werden. Schon jetzt erklärte sich die USA bereit, Atomwaffenversuche unter begrenzter internationaler Beobachtung stattfinden zu lassen.

3. Unter angemessener Inspektion sollen die herkömm-

lichen Streitkräfte reduziert werden. Für die USA und die Sowjetunion sind je 2,5 Millionen Mann vorgesehen.

4. Alle „Objekte“, die in den Weltraum vorstoßen, sollen einer internationalen Kontrolle unterliegen und nur friedlichen Zwecken dienen.

5. Eine internationale Behörde zur Regelung und Überwachung der Abrüstung soll eingerichtet werden.

Politische Beobachter weisen darauf hin, daß Lodge von einem Hand-in-Hand-Geben beim Aufbau der Inspektoren und der Abrüstung sprach, während die USA bisher betont hatten, daß ein wirksames Kontrollsystem existieren müsse, ehe der erste Schritt getan wird.

Neuer Chef der Bundeswehr

Panzer-Wenck soll Generalinspekteur werden

Bonn (Eigenmeldung). Bundesverteidigungsminister Strauß hat den ehemaligen General der Panzertruppen, Wenck, offiziell gefragt, ob er bereit sei, den höchsten militärischen Posten in der Bundeswehr zu übernehmen. Wenck hat auf dieses Angebot noch nicht endgültig geantwortet. Es besteht aber dem Vernehmen nach Aussicht, daß er es annimmt.

Der General ist im zweiten Weltkrieg als Generalstabs-offizier einer Panzerdivision

während des Frankreich-Feldzuges und als Oberbefehlshaber der 12. Armee bekannt geworden. Er gilt als einer der besten Militärs unter den jüngeren deutschen Generalen, die im zweiten Weltkrieg ein hohes Kommando geführt haben.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Blank, der drei gleichberechtigte militärische Abteilungen für Heer, Luftwaffe und Marine und darüber hinaus eine vierte Abteilung für die gesamten Streitkräfte in seinem Ministerium gegründet hat, will Strauß ganz klar einen Offizier als höchsten General der Bundeswehr herausstellen. Er soll allerdings nicht Oberkommandierender, sondern nur Generalinspekteur der gesamten Bundeswehr sein. Der Generalinspekteur soll einen höheren Rang als die Abteilungsleiter des Ministeriums haben, jedoch dem Staatssekretär des Ministeriums unterstellt sein, auch wenn es mehrere Staatssekretäre geben sollte. Auf diese Weise soll die Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt auch nach außen hin dokumentiert werden. Der Generalinspekteur der Bundeswehr wird wahrscheinlich der einzige „Vier-Sterne-General“ der Bundeswehr sein.

So sind sie wirklich:

Immer mal wieder Unsinn reden . . .

Der agitatorische Unfug, mit dem die SED ihre „Volkskammer“-Sitzung vorbereitet hat, wurde dieser Tage durch den Beitrag eines Mannes bereichert, der längst dem Blickfeld der Öffentlichkeit entschwunden schien: Dr. Dr. Günther Gereke, ehemals niedersächsischer Landwirtschaftsminister und heute „Präsident der DDR-Zentralstelle für Blut- und Leistungsprüfungen der Vollblut- und Traberpferde“. Ein langatmiger Titel, hinter dem sich die gescheiterte Karriere eines ehrgeizigen und politisch wie moralisch wenig gefestigten Mannes verbirgt.

Gereke berief sich auf seine Erfahrungen als „westdeutscher Staatsmann“ und bezeichnete den in der Zone angängigen „Demokratisierungsprozeß“ als durchaus befriedigend. In der Bundesrepublik, sagte er, würde man ein derartiges Maß demokratischer Freiheiten nicht erreichen. Wer ist dieser Mann, der mit solchen Torheiten die SED-Presse beglückt?

Ein „teutscher Beamter“

Gereke wurde am 6. Oktober 1893 in Gruna, Kreis Delitzsch, als Sohn eines kaiserlichen Beamten geboren. Er ist sein ganzes Leben hindurch — wie seine Freunde sagen — eine „biedere teutsche Beamtenseele“ geblieben. Nach dem Abitur und dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Nationalökonomie promovierte er zum Dr. jur. und Dr. rer. pol. Als Assessor einer Potsdamer Regierungsbehörde rückte er in den Krieg, die Novemberrevolution sah ihn als Landrat des Kreises Torgau wieder. Nach einem Intermezzo im sächsischen Provinziallandtag zog er sich als Gutsherr auf das Gut Pressel zurück. Die „Deutsch-Nationale Volkspartei“ brachte ihn 1924 für vier Jahre in den Reichstag, dann ging er über zu der von ihm mitbegründeten „Deutschen Landvolkspartei“. 1930 war er wieder im Reichstag, nun von der DLVP. Kurz vor Hitlers Machtergreifung

DR. DR. GUNTHER GEREKE

holte ihn Schleicher als „Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung“, die Nazis gaben ihm gleich zu Beginn zweieinhalb Jahre Gefängnis dafür. Allerdings war eine nicht ganz politische Strafe dabei: Gereke hatte sich als Reichskommissar auf Staatskosten ein kleines, im Etat nicht vorgesehenes Häuschen gebaut.

„Der und Kommunist . . .!“

Die anfangs gegen ihn erhobene Anklage, er habe mit den Kommunisten sympathisiert, wurde selbst von dem NS-Richter als heiterkeits-erregend empfunden. „Der und Kommunist . . .!“ soll sein Gelächter im Saal gewesen sein. Tatsächlich hat Gereke niemals Bindungen zu irgendwelchen sozialistischen Gruppen gehabt. Nach 1945 stieg er dessenungeachtet zum Präsidialdirektor bei der Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf. Aber schon ein Jahr später wechselte er über die Zonengrenze, zu niedersächsischer Innenminister zu werden. Hier trat er nach viermonatiger Amtszeit selbst zurück. Noch einmal, 1948 bis 1950, wurde er in die nieder-

sächsische Regierung geholt, als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Im Mai 1950 traf ihn der Ausschluß aus der CDU, die er nach 1945 hatte vertreten wollen.

1952, er war fast in Vergessenheit geraten, verschwand er ohne Angabe eines Ziels. Monate später produzierte er sich in Ostberlin und Potsdam als Redner der „Nationalen Front“, die ihn später in ihr Präsidium aufnehmen mußte. Niemand wußte, ob ihn der politische Ehrgeiz allein nach dem Osten getrieben hatte. Ungute Geschichten, Finanztransaktionen mit nicht ihm gehörenden Geldern und anderes mehr schmälerte seinen Ruf. Anfangs glaubten die damaligen sowjetischen Militärbehörden noch, aus seinem Übertritt Kapital zu schlagen. Aber zu Unrecht galt Gereke als Vertrauter und Mittelsmann der Karlshorster Behörden. Seine Kontaktversuche nach Westen blieben aussichtslos, er selbst geriet in völlige Isolierung.

„Ein guter Jäger!“

1955 wurde Ulbricht auf einer Regierungstagung einmal von einem westdeutschen Beobachter gefragt, was eigentlich Gereke in der Sowjetzone mache. Erst nach einigem Besinnen sagte der SED-Sekretär: „Gereke, warten Sie mal! Ach, das ist doch der aus Niedersachsen. Ja, dem geht es gut, der ist ein guter Jäger! Politik — macht der nicht . . .“

Heute residiert Dr. Dr. Günther Gereke kurz hinter dem Brandenburger Tor in der Schadowstraße 8, registriert sowjetzonalen Traber- und Vollblutpferde und hofft auf jenen Tag, der ihn wieder in die Politik bringen möge. Sein Interview mit einem Reporter des SED-Zentralorgans verrät, so töricht es anmuten muß, diese Absicht voll und ganz. Der SED aber wäre zu wünschen, daß sie bessere Kronzeugen für eine „Demokratisierung“ ihres totalitären Regimes besäße.

Bürgermeister ehren Berlin

Straßburg (AP). Die zweite europäische Bürgermeisterkonferenz in Straßburg hat in einer Entschliebung die Stadt Berlin „für ihren zehnjährigen Kampf für die Einheit“ geehrt. Die 135 Bürgermeister und Städtevertreter aus dreizehn europäischen Ländern, die an dem Treffen teilnahmen, drückten den Wunsch aus, daß Berlin bald wieder in der Lage sein möge, seinen Platz unter den freien Städten Westeuropas einzunehmen. In einer zweiten Resolution betonten die Delegierten ihre Solidarität mit den Städten Ungarns.

„Ham'se nich 'ne Mark für uns?“

Die „Nationale Front“ geht auf die Bettel-Tour

An diesem Donnerstag beginnt überall in der Sowjetzone und in Ostberlin die großangelegte Spendensammlung der kommunistischen „Nationalen Front“, die eine Million Ostmark einbringen soll. Niemand wird davon verschont werden, denn über die Straßen- und Hausvertrauensleute hat man vorbereitend die Einwohnerlisten eingeholt. Der unlustige Spender aber mag sich fragen, warum die „patriotische Massenbewegung aller Deutschen“ plötzlich in Geldverlegenheiten ist. Bekanntlich wird diese Organisation, die keine eingeschriebenen Mitglieder hat, aus dem Staatshaushalt finanziert und scheint — dem von ihr getriebenen Aufwand nach zu urteilen — damit nicht schlecht gefahren zu sein.

Die Ursache ist simpel: Im „Nationalrat der Nationalen Front“ war man bis vor wenigen Wochen noch der festen Überzeugung, die Umwandlung der „NF“ in eine beitragspflichtige Dachorganisation für das Gros der übrigen Massenorganisationen würde sofort mit Beginn dieses Jahres von statten gehen. Die Mitglieder des „Demokratischen Frauenbundes“ und der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ sollten dann ihre Beiträge in die Kasse der neustatuierten „Nationalen Front“ fließen lassen, und diese würde davon — ihre Schulden bezahlen ...

„Nirgends mehr blicken lassen!“

Denn, so seltsam es klingen mag: Die „Nationale Front“ ist mit annähernd 3 Millionen Ostmark Schulden belastet. Bei sowjetzonalen Verkehrsbetrieben, Werbezentralen, öffentlichen Institutionen und — privaten Unternehmern. Seit Monaten werden für öffentliche Veranstaltungen keine Saalmieten mehr gezahlt, die Ostberliner BVG hat an den Berliner Ausschuß der Nationalen Front eine Forderung von 28 000 Mark, das Blumen- und Dekorationsarrangement für die letzte Nationalratstagung in der Preislage von fast 60 000 DM Ost ist noch immer nicht beglichen, und der Konsum weigert sich bereits, an die Ostberliner NF-Zentrale weitere Waren auf Kredit zu geben.

„Wir können uns bald nirgends mehr blicken lassen!“ klagen die hauptamtlichen Funktionäre vom Thälmannplatz. Und bestellen zur Zeit Möbel von den Volkseigenen

Werken Hellerau auf Rechnung der SED-Bezirksleitung Berlin.

Das SED-Zentralkomitee, dem die Finanzlage der Nationalen Front als einer seiner Tarnorganisationen am wenigsten unbekannt sein dürfte, hat die Genossen im Nationalrat bereits im Dezember unmißverständlich gewarnt. Es sei zu viel Aufwand getrieben worden, der riesige Funktionärsapparat müsse abgebaut werden, in den Kreisen und Wohngebieten sollten ehrenamtliche Funktionäre wirken, und dergleichen mehr. Die Leute von der Nationalen Front hatten ein schlagendes Gegenargument: Wer würde sich ohne Funktionärsanstellung und gute Bezahlung mit der Bildung imaginärer „Haus- und Hofgemeinschaften“ abgeben? Wer möchte ohne finanzielle Vorteile Abend für Abend in einem „Aufklärungslokal“ sitzen und auf niemals eintreffende Besucher warten? Kurzum: Wer möchte die Tätigkeit eines politischen Funktionärs ausüben, ohne wie diese bezahlt zu werden?

Der Regierung gleichgestellt

Wußten Sie, daß die in der Ostberliner Nationalen-Front-Zentrale tätigen Funktionäre den kommunistischen Regierungsbeamten in Bezahlung und Sonderversorgung gleichgestellt werden? Daß ein Mitglied des „Nationalrates“, das im Höchstfalle dreimal jährlich an irgendwelchen Tagungen teilzunehmen hat, dafür ungeachtet seiner sonstigen beruflichen Stellung monatlich bis zu 2500 Ostmark bezieht? Daß jeder von der SED abgehobene Funktionär bei der „Nationalen Front“ in irgendeiner Referenten- oder Instrukteurstellung unterzukommen pflegt für im Durchschnitt 600 Ostmark plus Aufwands-gelder, Reisespesen und Leistungszuschlag?

Hunderttausende von Kilometern legen die bestausgestatteten Dienstfahrzeuge der Nationalen Front monatlich für

SSD, herhören!

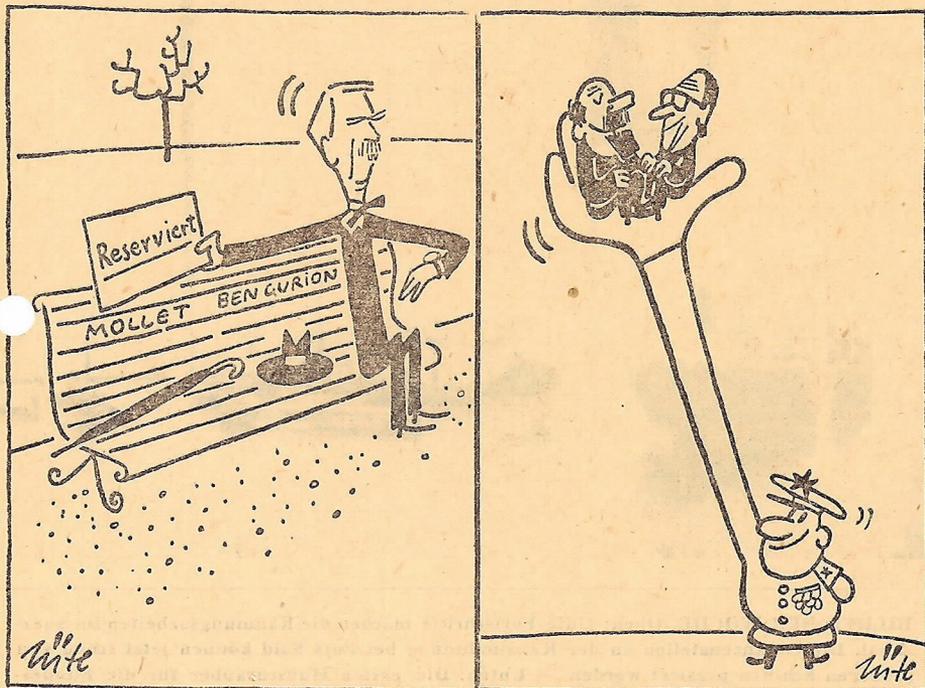
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Brünstein, GmbH.

„Nirgends mehr blicken lassen!“ klagen die hauptamtlichen Funktionäre vom Thälmannplatz. Und bestellen zur Zeit Möbel von den Volkseigenen

völlig überflüssige Dienstreisen zurück. Die Einweihung eines Rostocker „Aufklärungslokals“, dessen Ausbau 7000 Ostmark gekostet hatte, kam die Zentrale durch die Teilnahme einer Ostberliner Vertretung inklusive Unkosten auf 5300 Ostmark! Allein für Plakat- und Transparentwerbung werden monatlich Hunderttausende hingeworfen, ohne daß die Arbeit der Organisation davon in irgendeiner Weise profitierte.

Nun hat das Finanzministerium den Finger daraufgelegt. Die befohlene „Einsparung“ ist — gemessen an den verbleibenden Mitteln — minimal. Aber die Schulden würden nun überhaupt nicht mehr aus der Welt geschafft, hätte die SED nicht in letzter Minute dem Vorschlag einer Spendensammlung zugestimmt.



„Ich hab' sie doch auch nicht allein gelassen?!“

„Luftboheit“ der DDR

Europa und die USA

Fortsetzung von Seite 2

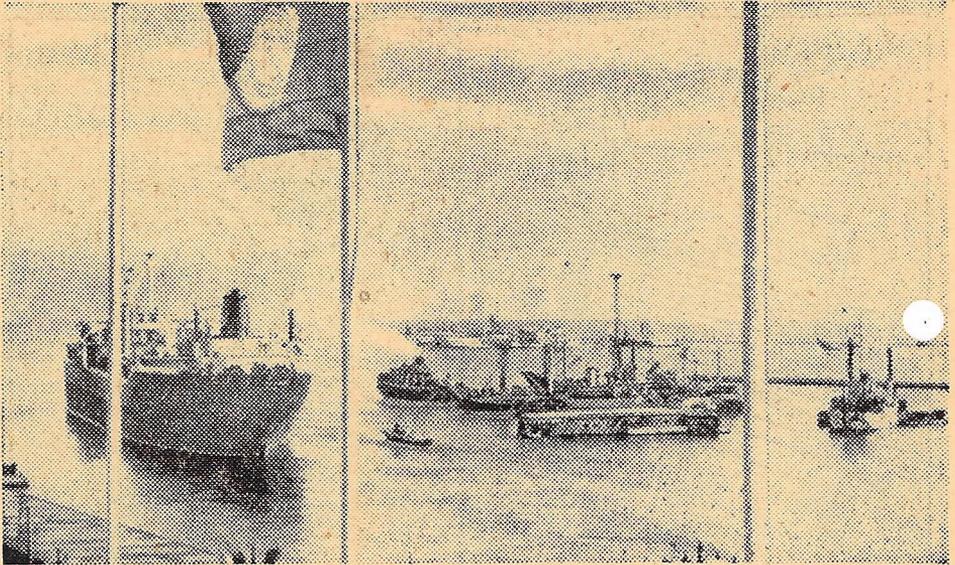
auf die innere Lage der Satellitenländer auch die Erwartung äußert, daß die Zurückziehung aller fremden Truppen den osteuropäischen Ländern die Wiederherstellung ihrer inneren und äußeren Freiheit ermöglichen würde. Es ist heute kaum anzunehmen, daß Moskau diese Möglichkeit unterstützen würde — von dem Preis ganz abgesehen, den es dafür fordern würde.

Es ist bisher nicht erkennbar geworden, ob und in welchem Maße solche Überlegungen im Hinblick auf die diplomatische Planung der Zukunft insgeheim auch die amtliche amerikanische Politik beschäftigen. Mit Sicherheit geht aus ihnen jedoch hervor, daß wenigstens in der öffentlichen Meinung der USA Kräfte wirksam sind, die mit

ziemlicher Kühnheit die Möglichkeit prüfen, auf neuen Wegen und unter Übernahme erhöhter Risiken zu einer umfassenden Verständigung mit der Sowjetunion zu gelangen.

Aber das alles berührt nicht die europäisch-amerikanische Solidarität, sondern allenfalls die Methoden und Wege ihres Einsatzes bei der Lösung der noch offenen weltpolitischen Streitfragen. Es geht um die Form, die den veränderten Umständen angepaßt werden soll, und nicht um die Sache, in der Europa und die USA aus lebenswichtigen Gründen zusammengehören. Eisenhower selbst hat das soeben in seiner Botschaft über die Lage der Nation zum Ausdruck gebracht, wenn er sagte: „Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß die Freiheit, der Wohlstand und die Sicherheit Westeuropas

für unseren eigenen Wohlstand und für unsere eigene Sicherheit lebenswichtig sind.“ Das ist eine Tatsache, an der nicht zu rütteln ist. Sie bestimmt heute die amerikanische Politik und wird sie in vielleicht veränderten Formen auch morgen bestimmen. Es kommt darauf an, daß die USA nichts von der Verantwortung aufgeben, die sie für die Freiheit und Sicherheit Europas übernommen haben. In ihrer noch anhaltenden Ohnmacht, an der auch Großbritannien teilnimmt, sollten erst recht die europäischen Staaten wissen, daß sie in ihrer Freiheit und Sicherheit auf die unbedingte Solidarität mit den USA angewiesen sind. Es wird dann nicht schwer sein, aus diesem schicksalhaften Zusammenhang die notwendigen Folgerungen zu ziehen, und zwar anders und besser, als es im vergangenen Jahre geschehen ist.



BILDER DER WOCHE. Oben: Gute Fortschritte machen die Räumungsarbeiten im Suezkanal. Die Gefahrenstellen an der Kanalmündung bei Port Said können jetzt schon von größeren Schiffen passiert werden. — Unten: Die ersten Hubschrauber für die Bundeswehr wurden in diesen Tagen in Dienst gestellt. Sie sollen auch in Katastrophenfällen eingesetzt werden.

